

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

64. Jahrgang · 24–26/2014 · 10. Juni 2014



Aufbruch '89

Angela Siebold

1989 – eine Zäsur von globaler Reichweite?

Aron Buzogány

25 Jahre 1989: Osteuropa zwischen Euphorie
und Ernüchterung

Stefan Troebst

Das andere 1989: Balkanische Antithesen

Axel Schildt

Politischer Aufbruch auch im Westen Deutschlands?

Thomas Lindenberger

Ist die DDR ausgeforscht?
Phasen, Trends und ein optimistischer Ausblick

Bernd Lindner

Begriffsgeschichte der Friedlichen Revolution.
Eine Spurensuche

Alexander Kraus · Christoph Lorke

Vor dem Aufbruch. 1988 als vergessenes Jahr

Beilage zur Wochenzeitung **Das Parlament**

Editorial

Das historische Jahr 1989 beginnt in Polen: Trotz Kriegsrechts und des Verbots der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność muss sich die kommunistische Staatspartei dem Druck der Streikbewegung beugen. Am 6. Februar nimmt sie am „Runden Tisch“ Gespräche mit der Opposition auf, nach zwei Monaten ist der Weg frei für die erste nichtkommunistische Regierung Polens nach dem Zweiten Weltkrieg. In Ungarn, wo bereits seit 1987 unabhängige Parteien zugelassen sind, tritt im April das Politbüro geschlossen zurück. In der DDR decken Bürgerrechtler nach der Kommunalwahl am 7. Mai massive Fälschungen des offiziellen Wahlergebnisses auf. Wenig später beginnt die Öffnung des Eisernen Vorhangs an der ungarisch-österreichischen Grenze. Die heute als „singende“, „friedliche“ und „samtene“ Revolutionen bekannten Umbrüche nehmen ihren Lauf.

So löst sich vor 25 Jahren die nach Kriegsende entstandene bipolare Weltordnung weitgehend friedlich auf. Dem Ende der kommunistischen Parteidiktaturen im östlichen Teil Europas folgt ein euphorischer Aufbruch der ehemaligen sowjetischen Satellitenstaaten zu Demokratie, Marktwirtschaft und europäischer Integration. Von 1989 als dem „Jahr der Wunder“ (Timothy Garton Ash) ist damals die Rede, ja gar vom „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama).

Deutschland steht mit der Friedlichen Revolution in der DDR, dem Fall der Berliner Mauer und seiner Wiedervereinigung ein knappes Jahr später an zentraler Stelle dieser Erzählung des Epochenjahres 1989. Doch gibt es auch Entwicklungen und Ereignisse, die dem gängigen Narrativ vom „Aufbruch ’89“ widersprechen – man blicke nur auf den Balkan, wo der langwierige und blutige Zerfallsprozess Jugoslawiens begann; nach China, wo die politische Führung mit dem Massaker auf dem Platz des Himmlichen Friedens in Peking die demokratische Reformbewegung im Land brutal niederschlug; oder nach Afghanistan, wo nach dem Abzug der sowjetischen Besatzer ein Bürgerkrieg begann, der in die Schreckensherrschaft der Taliban mündete.

Anne-Sophie Friedel

1989 – eine Zäsur von globaler Reichweite?

Als Schlussakt des Kalten Krieges gilt das Jahr 1989: Der Runde Tisch in Polen, die „samtene Revolution“ in der Tschechoslowakei, der Fall der Berliner Mauer und der Sturz des rumänischen Diktators Nicolae Ceaușescu sind nur einige Hinweise auf eine dichte Zeit des Wandels. Zur „Zäsur 1989“ werden auch die Reformen unter Michail Gorbatschow, die deutsche Einheit sowie das Ende der Sowjetunion 1991 gezählt. Im Zentrum der 1989er Jahre¹ steht also zunächst eine kurze Zäsur, die den Zeitraum von 1989 bis 1991 zum Schwerpunkt hat.

Angela Siebold

Dr. phil., geb. 1981; akademische Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Zeitgeschichte und der Professur für Angewandte Geschichtswissenschaft – Public History des Historischen Seminars der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Grabengasse 3–5, 69117 Heidelberg. angela.siebold@zegk.uni-heidelberg.de

Grundlegend hat Martin Sabrow zwischen der zeitgenössischen „Erfahrungszäsur“ einerseits und der retrospektiven, historiografischen „Deutungszäsur“ andererseits unterschieden.² Die erste reflektiert das Verhältnis von geschichtlichem Ereignis und persönlicher Wahrnehmung und bietet Orientierung in Bezug auf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Die zweite diskutiert Zugänge zum Umgang mit grundlegenden, verdichteten oder beschleunigten Übergängen sowie, in ihrem abschließenden und zugleich eröffnenden Charakter, Perspektiven auf eine sinnvolle Periodisierung von Geschichte. Rückblickend bringen Narrative, also sinnstiftende Interpretationen, die Bedeutung von Zäsuren auf eine Formel. In der Zeitgeschichte ist das besonders deshalb bemerkenswert und schwierig gleichermaßen, da sich hier häufig Erfahrungs- und Deutungszäsuren überschneiden. In dem Bestreben, der „Zäsur 1989“ einen solchen sinnstiften-

den Namen zu geben, haben Wissenschaftler vom „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama), vom Abschluss des „kurzen 20. Jahrhunderts“ (Eric Hobsbawm) oder vom „Jahr der Wunder“ (Timothy Garton Ash) gesprochen.

All diese Formulierungen erkennen die Zeit um 1989 als historisch relevante Zäsur an. Ihnen ist überdies gemein, dass sie 1989 vorwiegend als Einschnitt wahrnehmen, der den europäischen Kontinent, eingerahmt von den beiden Großmächten UdSSR und USA, grundlegend veränderte. Während sich Forscherinnen und Forscher mittlerweile zwar zunehmend die Frage stellen, ob die „Zäsur 1989“ denn auch Auswirkungen auf Westeuropa gehabt habe, sind globalgeschichtliche Arbeiten noch immer ein Randphänomen.³ Der Schwerpunkt liegt allerdings auch hier auf dem politikgeschichtlichen Wandel. Kurz gesagt: Die Forschung zu „1989“ ist in ihrer Tendenz häufig noch zu kurzfristig oder räumlich wie thematisch zu reduziert angelegt. Zeit also, sich mit neuen Perspektiven zu beschäftigen und Europa für das Jahr 1989 nicht nur zu historisieren, sondern auch zu „provinzialisieren“?⁴ In Zeiten der Schlagworte „Globalisierung“ und „Globalgeschichte“ ist es nicht nur legitim, sondern dringend ratsam, die Frage zu stellen: Gibt es eine globale Relevanz der „Zäsur 1989“? Und wenn ja, wie kann man sich ihr nähern?

Dabei sollte es nicht darum gehen, eine universell gültige Zäsur zu konstruieren,⁵ deren Ursprung in der altbekannten Vorstellung einer nachholenden Modernisierung nach dem Maßstab eines westlich definierten Ent-

¹ Für den Formulierungsvorschlag in Anlehnung an die „68er Jahre“ danke ich Martin Stallmann.

² Vgl. Martin Sabrow, Zäsuren in der Zeitgeschichte, in: Frank Bösch/Jürgen Danyel (Hrsg.), Zeitgeschichte. Konzepte und Methoden, Göttingen 2012, S. 107–130, hier: S. 122.

³ Zur globalen Bedeutung des Jahres 1989 sind mittlerweile drei Sammelbände erschienen: Jacques Rupnik (Hrsg.), 1989 as a Political World Event. Democracy, Europe and the New International System in the Age of Globalization, London–New York 2014; Susanne Stemmler et al. (Hrsg.), 1989/Globale Geschichten, Göttingen 2009; George Lawson et al. (Hrsg.), The Global 1989. Continuity and Change in World Politics, New York 2010.

⁴ Dipesh Chakrabarty, Provincializing Europe: Postcolonial Thought and Historical Difference, Princeton 2000.

⁵ Vgl. M. Sabrow (Anm. 2), S. 122.

wicklungsparadigmas liegt.⁶ Auch kann es kein Ziel sein, allein mit der räumlich weiten Quantität bedeutsamer Ereignisse die Globalität einer Zäsur zu begründen. Stattdessen versteht sich die globalgeschichtliche Perspektive als „Ansatz, der die synchrone, aber polyzentrische Verflechtung verschiedener Modernen in den Mittelpunkt rückt“⁷ und dabei die Dominanz der nationalen Kategorie zu überwinden sucht. Ist die „Zäsur 1989“ also eine „Schlusszene, die die nationale wie globale Geschichte neu justierte“?⁸ Im folgenden Beitrag konzentriere ich mich nicht auf mögliche Wandlungsursachen, sondern auf 1989 als Ausgangspunkt für Veränderungen von möglicherweise globaler Reichweite. Drei Fragen sollen dabei im Vordergrund stehen: Was passierte in der Welt um 1989 (Ereignisse)? Wie lassen sich diese Ereignisse im Rahmen der „Zäsur 1989“ deuten (Narrative)? Und: Inwiefern lassen sich hier globale Wechselwirkungen in den Blick nehmen (Perspektiven)?

Jahr der Polyvalenz

Zu den prominentesten Ereignissen außerhalb Europas um das Jahr 1989 zählen sicherlich die Freilassung Nelson Mandelas aus seiner fast drei Jahrzehnte andauernden Haft und das verkündete Ende der Apartheid in Südafrika, aber auch das Massaker an studentischen Demonstrantinnen und Demonstranten auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking. In China stärkte die Führung der kommunistischen Partei ihren Einfluss in der Folge der Ereignisse von Tian’anmen.⁹ In Afrika kam es dagegen zu Unabhängigkeiten (Namibia) und zum Truppenabzug (Angola). Sierra Leone allerdings, Algerien, Liberia oder Ruanda belasteten in den Folgejahren teils unerwartete Gewaltausbrüche.

⁶ Vgl. William H. McNeill, *Argumente für Weltgeschichte* (1982), in: Fritz Stern/Jürgen Osterhammel (Hrsg.), *Moderne Historiker. Klassische Texte von Voltaire bis zur Gegenwart*, München 2011, S. 479–506, hier: S. 497.

⁷ Matthias Middell, *Erinnerung an die Globalisierung? Die Portale der Globalisierung als lieux de mémoire: Ein Versuch*, in: Kirstin Buchinger et al. (Hrsg.), *Europäische Erinnerungsräume*, Frankfurt/M.–New York 2009, S. 297–308, hier: S. 304.

⁸ M. Sabrow (Anm. 2), S. 126.

⁹ Vgl. Jean-Philippe Béja, *China and the End of Socialism in Europe: A Godsend for the Beijing Communists*, in: J. Rupnik (Anm. 3), S. 220.

Diese Beispiele zeigen bereits die Uneinheitlichkeit der globalen Entwicklungen auf. Deutlich wird dies auch mit Blick auf Mittel- und Südamerika:¹⁰ Der gewaltvolle *Caracazo*-Aufstand in Venezuela und der US-amerikanische Militäreinsatz in Panama standen den ersten freien Wahlen in Chile nach Jahrzehnten der Diktatur und dem Ende des Contra-Krieges in Nicaragua gegenüber. Ein Militärputsch entmachtete den paraguayischen Diktator Alfredo Stroessner, wohingegen der argentinische Präsident Raúl Alfonsín aufgrund von Inflation und Wirtschaftskrise zurücktrat.

So auch in anderen Weltregionen: Auf den Abzug der sowjetischen Truppen in Afghanistan folgte keine Befriedung, sondern innere Konflikte sowie „ein Ringen zwischen den Nachbarstaaten um Einfluss und Vorherrschaft“,¹¹ wie etwa von Iran, Pakistan oder Usbekistan. Das militärische Eingreifen der USA und ihrer Verbündeten machte aus der vom Westen zunächst wenig beachteten südlichen Peripherie der ehemaligen Sowjetunion mittlerweile ein globales Konfliktzentrum. Die Destabilisierung der Region wurde durch den Aufstieg der Taliban, durch die Gründung von *al-Qaida* und nicht zuletzt durch den Kaschmir-Aufstand verstärkt. Pakistans Zukunft stand im Zeichen der neuen Premierministerin Benazir Bhutto und die des Irans unter dem Eindruck des Todes von Staatsoberhaupt Ruhollah Khomeini, als 1990 in dessen Nachbarland Irak der zweite Golfkrieg ausbrach.

Deutungen der „Zäsur 1989“

1989 war ein Jahr der Bewegung, aber auch eines der Widersprüche. Der Blick über den Rand Europas hinaus zeigt die Komplexität dieser Zeit. Narrative wie das der „demokratischen Revolution“¹² dagegen sind eingängig – ihre Anziehungskraft ist groß und ihre Übernahme als globale Meistererzählung für die „Zäsur 1989“ verlockend. Wie aber verhalten sich solche gefestigten Deutungen, die

¹⁰ Vgl. Wilfried Röhrich, *Die politischen Systeme der Welt*, München 2001², S. 63.

¹¹ Faheem Dashty, *Afghanistan – eine Geschichte* (nicht nur) von 1989, in: S. Stemmler (Anm. 3), S. 242.

¹² Andreas Wirsching, *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit*, München 2012, S. 19–53.

vom Ende der bipolaren Weltordnung und offener Grenzen über Demokratisierung, Liberalisierung und Globalisierung bis hin zur Vorstellung eines friedlichen Umbruchs reichen, zu Entwicklungen außerhalb Europas?

Nach dem Ende des Kalten Krieges entstanden zunächst euphorische Erwartungen an eine neue Weltordnung. Deutlich machte dies der US-amerikanische Präsident George Bush, der 1990 vor den Vereinten Nationen seine Vision von einer freien Welt verkündete.¹³ Gleichzeitig wurden Stimmen laut, die von einer unipolaren Weltordnung unter der nun einzig verbliebenen Supermacht, den Vereinigten Staaten, sprachen. Die Vereinigung Europas – in der Folgezeit sogar unter dem Dach der gerade gegründeten Europäischen Union (EU) – sowie die weltweiten politischen und ökonomischen Transformationen nach westlichem Modell verstärkten das Bild einer globalen Vereinheitlichung. Wie bereits jenes der zweigeteilten Welt eine Reduktion der zeitgenössischen Wirklichkeit darstellte, so entwickelte sich aus diesem Erfahrungsraum heraus ein an dieser Zweiteilung ausgerichtetes Erwartungshorizont.¹⁴ Das bedeutete freilich nicht, dass nun ein Ganzes entstand: Gerade weil die Umbrüche um 1989 so unerwartet kamen, führte das in der Folge auch zu Verunsicherungen. Was häufig unter dem Schlagwort der Liberalisierung zusammengefasst wurde – Meinungsfreiheit, Freizügigkeit, Marktwirtschaft und demokratischer Pluralismus – überforderte viele gerade aufgrund der Offenheit der neuen Situation. Der Politikwissenschaftler John Mearsheimer kündigte bereits 1990 an, dass wir die Gewissheiten des Kalten Krieges bald vermissen würden.¹⁵ Das „Verunsicherungspotential“,¹⁶ das die „Zäsur 1989“ in sich trug, zeigte sich rasch nach dem Abschwellen der ersten Begeisterung über die demokratischen Erhe-

¹³ Vgl. U.S. Department of State, Address to the United Nations General Assembly by President George H. W. Bush, 1.10.1990, www.state.gov/p/io/potusunga/207268.htm (20.5.2014).

¹⁴ Vgl. Reinhart Koselleck, „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“ – zwei historische Kategorien, in: ders., *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeit*, Frankfurt/M. 1989, S. 349–375, hier: S. 352.

¹⁵ Vgl. John J. Mearsheimer, *Why We Will Soon Miss the Cold War*, in: *The Atlantic Monthly*, 266 (1990) 2, S. 35–50.

¹⁶ A. Wirsching (Anm. 12), S. 54.

bungen und ließ die neue Weltordnung als „chaotic disorder“¹⁷ erscheinen. Rasch wurde deutlich, dass man nun mit noch nicht abzusehenden Dynamiken umzugehen hatte. Neue Zentren und neue Peripherien entstanden, andere rückten nun, da die Vorstellung einer zweigeteilten Welt sie nicht mehr überdeckte, wieder ins Blickfeld.

Im Bewusstsein über die Offenheit der Situation zeigte sich rasch das Bedürfnis nach neuen Definitionen und Grenzziehungen in der Welt. Diese vollzogen sich – parallel zur Umsetzung der Freizügigkeit innerhalb Europas – in zweierlei Hinsicht: Erstens entstanden neue Zäune und Mauern,¹⁸ vor allem entlang der EU-Außengrenze sowie zwischen den USA und Mexiko. Gemeinsam mit einer protektionistischen Handels- und Migrationspolitik erschufen sie *gated communities*, in welchen sich die wohlhabenden Industriestaaten vor ökonomischen, sozialen und politischen Bedrohungen der restlichen Welt zu schützen versuchten.¹⁹ Infolge dessen verschoben sich auch globale Fluchtwege,²⁰ was wiederum Auswirkungen auf die Wahrnehmung von Migration und Fremdheit in Transitstaaten und Aufnahmegesellschaften hatte. Alte Mauern blieben überdies bestehen: Korea ist bis heute – trotz des 1991 geschlossenen Nichtangriffspaktes – ein geteiltes Land, und auch dem Nahostkonflikt verschaffte das Ende des Kalten Krieges keine neuen Lösungswege. Zweitens verstärkten sich durch den Wegfall der kommunistischen Alternative weltweit kulturelle Grenz Wahrnehmungen: Der Historiker Frank Bösch diagnostizierte bereits für die späten 1970er Jahre eine „Rückkehr der Religion“²¹ auch in ihrer

¹⁷ Ivan T. Berend, *Europe Since 1980*, Cambridge u. a. 2010, S. 42.

¹⁸ Vgl. Edgar Wolfrum, *Die Mauer. Geschichte einer Teilung*, München 2009, S. 158–162.

¹⁹ Vgl. Henk van Houtum/Roos Pijpers, *Towards a Gated Community*, in: *Eurozine* vom 12.1.2005, www.eurozine.com/articles/2005-01-12-houtumpijpers-en.pdf (20.5.2014).

²⁰ Vgl. unter anderem Cedric Audebert/Nelly Robin, *L'externalisation des frontières des „Nords“ dans les eaux des „Suds“*. L'exemple des dispositifs frontaliers américains et européens visant au contrôle de l'émigration caribéenne et subsaharienne, in: *Cultures & Conflits*, (2009) 73, S. 35–51.

²¹ Frank Bösch, *Umbrüche in die Gegenwart. Globale Ereignisse und Krisenreaktionen um 1979*, in: *Zeithistorische Forschungen*, 9 (2012) 1, www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Boesch-1-2012 (21.4.2014), Textabschnitt 10.

politischen Bedeutung; nun avancierte der Islam ab den frühen 1990er Jahren – gestützt durch die einprägsame Formel vom „Clash of Civilizations“ (Samuel Huntington) – zur vermeintlichen Gegenideologie einer sich als frei und demokratisch verstehenden westlichen Welt. Diskussionen um den Universalismus der Menschenrechte trafen auf kulturellrelativistische Positionen. Gleichzeitig mit der Hinwendung verschiedener afrikanischer Staaten, etwa Sudans oder Somalias,²² zum politischen Islam, begaben sich der „alte Westen“ und das „neue Europa“ nach 1989 auf die Suche nach einer kulturellen und religiösen Identität,²³ die im Innern integrierend und nach außen abgrenzend wirken sollte. Der Anschlag auf das New Yorker World Trade Center am 11. September 2001 verfestigte diese neue Weltenteilung weiter, die auch als westliche Suche nach einem neuen Antagonisten gedeutet werden kann.

Nach dem Ende der Sowjetunion schlug sich der weltweite Aufstieg des Neoliberalismus zum obersten ökonomischen Prinzip auf allen Kontinenten nieder. Der Sieg der „freien Welt“ eröffnete politisch-moralisch legitimierte Handlungsstrategien zum Ausbau des Kapitalismus und seiner Ausweitung besonders auf die südlichen Weltregionen. Gestärkt wurde dies beispielsweise im Washington Consensus, der 1990 in Strukturanpassungsprogrammen des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Welthandelsorganisation (WHO) und der US-Regierung die ökonomische Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung in Ländern vorgab, deren Wirtschaft vornehmlich durch ihre Schuldenlast gebremst war.²⁴ Die „Vorstellung von einer anderen Gesellschaft“, so erklärte der Historiker François Furet mit Blick auf den Bedeutungsverlust des Kommunismus, sei nach der Zäsur 1989 „praktisch undenkbar geworden“.²⁵ Die Folgen dieser Anpassungspolitik dagegen sind hoch umstritten;²⁶ die

weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrisen der vergangenen Jahre führen außerdem zur Sorge um einen Legitimationsverlust demokratischer Ordnungen. Solche Entwicklungen verdeutlichten auch das Spannungsverhältnis von nationaler Wirtschaftspolitik und globalisierten Märkten. Bereits vor der „Zäsur 1989“ bestehende Prozesse erfuhren so eine Beschleunigung, Ausweitung oder größere Sichtbarkeit und der Begriff der „Globalisierung“ eine neue Schubkraft.²⁷ Globale Herausforderungen wie etwa der Klimawandel oder die Knappheit der Ressourcen, aber auch grenzüberschreitende Dynamiken der Massenkultur, des Konsums oder der Kommunikation erhielten eine neue räumliche Dimension. Dennoch sollte die Bedeutung der „Zäsur 1989“ hier nicht überbewertet werden: Während seit den späten 1970er Jahren verschiedene solcher Trends transnational wirkten und „die beschleunigte ‚Globalisierung‘ verstärkt wahrnehmbar machten“,²⁸ entstanden nach 1989 vor allem neue Räume und Akteure, die aber wiederum regional-spezifische und teils gegenläufige Dynamiken provozierten.

1989 war ein Jahr der Demokratisierung und Redemokratisierung – aber wie und nach welchem Vorbild? Um 1989 setzten weltweit vielschichtige Reformprozesse ein, doch anstatt eines Modells nach westlich-liberalem Vorbild erwachsen verschiedene Demokratietypen. Ihr qualitativer Gehalt ließ sich nicht allein an freien Wahlen festmachen. Diktaturen vererbten häufig Elitennetzwerke und Korruption. Dabei entstanden „hybride Regime“, die kompetitiv ausgelegt, aber von autoritärer Grundstruktur gezeichnet waren. Statt zu einer flächendeckenden Demokratisierungswelle kam es zudem auch zu Destabilisierungen in scheinbar gefestigten Regionen.²⁹ In einigen afrikanischen Staaten gingen Demokratisierungsprozesse mit einer Stärkung der sozialen Ungleichheit unter dem Deckmantel einer Re-Traditionalisierung einher.³⁰ Zuletzt verstärkten sich die bereits vorhandenen Diskussionen im Zuge des „Arabischen Frühlings“ um die Frage,

²⁷ Vgl. Jürgen Osterhammel/Niels P. Petersson, *Geschichte der Globalisierung. Dimensionen – Prozesse – Epochen*, München 2003, S. 7–10.

²⁸ F. Bösch (Anm. 21), Textabschnitt 2.

²⁹ Vgl. J. Rupnik (Anm. 24), S. 14f.

³⁰ Vgl. Richard Banégas: ‚Tropical Democracy‘, in: J. Rupnik (Anm. 3), S. 108.

²² Vgl. Manthia Diawara, *Afrika und der Fall der Berliner Mauer*, in: S. Stemmler (Anm. 3), S. 209.

²³ Vgl. A. Wirsching (Anm. 12), S. 365.

²⁴ Vgl. Jacques Rupnik, *The World After 1989 and the Exhaustion of Three Cycles*, in: ders. (Anm. 3), S. 17.

²⁵ François Furet, *Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert*, München 1996, S. 625.

²⁶ Zur Diskussion vgl. Saskia Sassen, *The Return of Primitive Accumulation*, in: G. Lawson (Anm. 3), S. 51–75.

Aron Buzogány

25 Jahre 1989: Osteuropa zwischen Euphorie und Ernüchterung

Ähnlich wie die Umbruchsjahre 1789 oder 1848 steht das als *annus mirabilis* in die Geschichte eingegangene Jahr 1989 für ein

Aron Buzogány

Dr. rer. pol.; wissenschaftlicher Assistent am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Freie Universität Berlin, Arbeitsstelle Politisches System der BRD, Ihnestr. 22, 14195 Berlin. buzogany@zedat.fu-berlin.de

Ereignis von weltgeschichtlicher Bedeutung. In dieser Zäsur verdichtet sich symbolisch das Ende sowohl des Kalten Krieges als auch der Systemkonkurrenz zwischen West und Ost, zwischen Demokratie und Autoritarismus,

zwischen Kapitalismus und Kommunismus.¹ Die Aufhebung der Systemgrenzen – am stärksten versinnbildlicht durch den Berliner Mauerfall – steht für die Wiedervereinigung nicht nur der zwei deutschen Staaten, sondern auch des zweigeteilten europäischen Kontinents. Es waren Ereignisse in der Sowjetunion, hier vor allem der durch die Perestroika Michail Gorbatschows ermöglichte politische Frühling, aber auch die Reformbewegungen und friedlichen Revolutionen in Mitteleuropa, die diesen Neuanfang zur Wirklichkeit machten. 1989 ist ohne den langen Prozess, der zu diesem Umbruch geführt hat, ohne die Aufstände in Ungarn (1956) und der Tschechoslowakei (1968), die polnischen, tschechoslowakischen und ungarischen Dissidentenbewegungen, die Streikwellen der polnischen Gewerkschaft Solidarność oder die Umweltproteste der 1980er Jahre in Bulgarien und Ungarn kaum in seiner gesamt-europäischen Bedeutung zu verstehen.

Gleichwohl handelte es sich bei den friedlichen Revolutionen in Osteuropa nicht um Revolutionen im herkömmlichen Sinne. Die Forderungen von Dissidenten wie Václav

Havel in der Tschechoslowakei, Adam Michnik in Polen oder György Konrád in Ungarn waren im Grunde „anti-politisch“ (Konrád) und nicht darauf gerichtet, die politische Macht zu erringen. Sie riefen vielmehr nach allgemeinen Menschenrechten, nach einem würdevollen „Leben in der Wahrheit“ (Havel), nach einer „Rückkehr nach Europa“, und hielten die Werte einer von staatlichen Eingriffen freien Zivilgesellschaft hoch.² Das Bemerkenswerte dabei war die nicht-utopische, nicht-ideologische Natur der Forderungen, die im Kern einen Ruf nach Normalität anstelle der Willkür und des Zynismus der sozialistischen Staatsbürokratien enthielten. In diesem Sinn handelte es sich laut Jürgen Habermas um „nachholende Revolutionen“, die keine genuin neuen Ideen hervorgebracht haben, sondern lediglich die Angleichung an die im Westen bereits erkämpften Rechte einforderten.

Gleichzeitig wurden diese vor allem moralischen und philosophischen Forderungen der osteuropäischen Dissidentinnen und Dissidenten im Westen als Wiederentdeckung und Neubelebung des politischen und ökonomischen Liberalismus gefeiert. Bestärkt durch den westlichen Sieg über den implodierenden „real existierenden Sozialismus“ schienen plötzlich die zahlreichen Agonien und Widersprüche der liberalen Demokratie und des Kapitalismus vergessen – der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama ging sogar so weit, das „Ende der Geschichte“ auszurufen und proklamierte die unaufhaltsame globale Ausbreitung von Demokratie und marktwirtschaftlicher Ordnung.

In der Tat bedeutete das Weltereignis 1989 nicht nur das Ende einer Ära, sondern auch den Anfang eines grundlegenden Systemwandels. Die historisch einmalige Aufgabe in den osteuropäischen Staaten bestand darin, Demokratie und Kapitalismus gleichzeitig aufzubauen. In den Nachfolgestaaten der Tschechoslowakei, der Sowjetunion und Jugoslawiens kam erschwerend auch noch die Etablierung funktionierender (Natio-

¹ Vgl. Jacques Rupnik (Hrsg.), 1989 as a Political World Event: Democracy, Europe and the New International System in the Age of Globalization, Abington 2013.

² Vgl. Marlies Glasius, Dissident Writings as Political Theory on Civil Society and Democracy, in: Review of International Studies, 38 (2012) 2, S. 343–364.

zur „doppelten Staatsgründung“,¹³ in dem er das erste Nachkriegsjahrzehnt in den Blick genommen hatte, wendete er sich nun den Jahren bis 1970 zu, beleuchtete innen- wie außenpolitische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklungen beider deutscher Staaten. Aufschlussreich für das bundesdeutsche Denken der Zweistaatlichkeit im Jahr 1988 ist das Vorwort des Buches, das in der Lizenzausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung vom Direktorium der Behörde verfasst wurde: Kleßmanns Ausführungen ermöglichten dem Leser „besser (zu) begreifen, woher wir kommen, was wir sind und wie wir unsere gemeinsame Zukunft gestalten wollen“.¹⁴ Die Entwicklung eigener Identitäten, das Auseinanderdriften der beiden Staaten wurde ebenso akzentuiert, wie die künftige Ausgestaltung des Nebeneinanders. Doch diese „gemeinsame Zukunft“ stellten sich zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Buches wohl nur die kühnsten Träumer als eine wiedervereinigte vor. Mit der Teilung hatten sich die meisten Zeitgenossen hüben wie drüben abgefunden. Davon zeugt auch das ebenfalls 1988 veröffentlichte „Handbuch zur deutsch-deutschen Wirklichkeit“, das auf über 800 Seiten Stichworte von A wie „Aberglaube“ bis Z wie „Zynismus“ versammelte und sich als „Ethnologie der Deutschen“ verstand. In dieser Fortsetzung des „Kulturpolitischen Wörterbuches“ von 1983 wurde in vergleichender Perspektive verfolgt, wie weit „die Unterschiede im Bewußtsein, im Selbstverständnis, in der Lebenswirklichkeit“ lagen, um der Frage nachzugehen, ob sich nach über vierzig Jahren deutscher Teilung bereits zwei deutsche Kulturen herausgebildet haben und wie es hier wie dort um die nationale Identität bestellt sei.¹⁵

Zementierung und Verstetigung der Trennung – so ließe sich der Eindruck zum deutsch-deutschen Verhältnis kurz vor der „Implosion“ der DDR im Herbst 1989 wohl am ehesten zusammenfassen. Schon der

¹³ Christoph Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung: Deutsche Geschichte 1945–1955*, Göttingen 1982.

¹⁴ Franklin Schultheiß et al., Vorwort, in: Christoph Kleßmann, *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970*, Bonn 1988, S. 9f., hier: S. 10.

¹⁵ Bernd Weyergraf, Vorwort, in: Wolfgang R. Langenbucher et al. (Hrsg.), *Handbuch zur deutsch-deutschen Wirklichkeit*, Stuttgart 1988, S. 9.

Staatsbesuch Erich Honeckers 1987 in Bonn als symbolischer Höhepunkt der Zweistaatlichkeit,¹⁶ die Verständigung auf 18 innerdeutsche Städtepartnerschaften allein im Jahr 1988¹⁷ oder die im März getroffene Vereinbarung über einen Gebietsaustausch, um die durch den Bau der Berliner Mauer entstandenen Ex- und Enklaven zu beseitigen, wiesen doch neben einer weiteren Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen eher auf eine Stabilisierung des Status quo der Teilung hin, denn auf einen sich anbahnenden allumfassenden Wandel.¹⁸ Als Erich Honecker schließlich am 2. Dezember 1988 auf einer Tagung des Zentralkomitees der SED vehement die sowjetische Reformpolitik ablehnte und noch im Januar 1989 erklärte, die Mauer werde noch 50 oder 100 Jahre bestehen bleiben,¹⁹ wurde der Befund des Eingegrichteten-Seins von politisch oberster Stelle nur noch weiter bekräftigt. Ein Ende des Systems erschien in jenem Jahr als undenkbar, galt die DDR doch neben der Volksrepublik Bulgarien als stabilster kommunistischer Staat. Ausrufe wie „Wahnsinn“ nur wenige Monate später – man schrieb den 9. November 1989 – drückten vor allem die Unfassbarkeit und Unverhofftheit der Ereignisse aus.¹⁰

Wie unter den größtenteils verblüfften Zeitgenossen stiftete das Eruptive von 1989 übrigens auch in der Geschichtswissenschaft allerhand Verwirrung, stellten die Ereignisse nicht nur unter den an langfristigen Prozes-

¹⁶ Vgl. Dierk Hoffmann, Honecker in Bonn. Deutsch-deutsche Spitzentreffen 1947–1990, in: Udo Wengst/Hermann Wentker (Hrsg.), *Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz*, Berlin 2008, S. 333–356.

¹⁷ Insgesamt gab es bis Ende 1988 über 40 deutsch-deutsche Städtepartnerschaften. Vgl. Gilbert Gornig, *Die innerdeutschen Städtepartnerschaften*, in: Mari Haendcke-Hoppe/Erika Lieser-Triebnigg (Hrsg.), *40 Jahre innerdeutsche Beziehungen*, Berlin 1990, S. 153–178, hier: S. 153.

¹⁸ Vgl. Peter Bender, *Deutschlands Wiederkehr. Eine ungeteilte Nachkriegsgeschichte 1945–1990*, Bonn 2008.

¹⁹ Vgl. Erich Honecker, DDR leistet konstruktiven Beitrag zum Frieden, in: *Neues Deutschland* vom 20.1.1989, S. 1.

¹⁰ Vgl. Zbigniew Brzezinski, *Das gescheiterte Experiment. Der Untergang des kommunistischen Systems*, Wien 1989; Karsten Timmer, *Vom Aufbruch zum Umbruch. Die Bürgerbewegung in der DDR 1989*, Göttingen 2000; Sebastian Richter, *Norm und Eigensinn. Die Selbstlegitimation politischen Protests in der DDR 1985–1989*, Berlin 2007.

sen interessierten Sozialhistorikerinnen und -historikern „etwas professionell Irritierendes“ dar.¹¹ Schon bald nach dem Mauerfall und der Wiedervereinigung begab sich die Fachwissenschaft auf Erklärungssuche: Unter dem „Wortungetüm“ einer „asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte“ sollten die Prozesse von Abgrenzung und Verflechtung im geteilten Deutschland akzentuiert werden, um das Neben-, Gegen- und Miteinander besser zu verstehen.¹² Trotz verschiedener Einwände gegen diese von Christoph Kleßmann 1993 formulierte und seitdem vielzitierte Zielformel war die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit einer solchen Versuchsanordnung zwar nicht in Detailfragen, aber doch im Grundsatz unumstritten.

Eine produktive Erweiterung erfuhren Kleßmanns Ideen ein gutes Jahrzehnt später durch Konrad H. Jarausch. Eine „chronologisch sensible und inhaltlich plurale Sequenzperspektive“ habe den Reiz, die ostdeutsche Teilgeschichte nicht *a priori* geringzuschätzen und gängige Großdeutungen zu reproduzieren, die der „Erfolgsgeschichte“ Bundesrepublik vereinfachend eine gescheiterte Gegenerzählung gegenüberstellt. Gerade systematische, inhaltlich klar definierte Teilkapitel könnten dabei helfen, fuhr der Potsdamer Zeithistoriker fort, insbesondere die 1980er Jahre nicht teleologisch zu deuten, sondern zunächst als offene Konstellation „zwischen endgültiger Verfestigung und schleichender Überwindung der Zweistaatlichkeit“.¹³ Zudem hat sich in der Zwischenzeit die Erkenntnis durchgesetzt, dass sich bestimmte Untersuchungsfelder besser, andere weniger gut für einen systematischen

Vergleich zwischen Demokratie und Diktatur eignen: Sprach Hans Günter Hockerts noch von der Notwendigkeit, „integrierende Perspektiven und Synthesekerne“ zu definieren,¹⁴ so nannte der frühere Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin Horst Möller vor allem die Untersuchung gemeinsamer Wertvorstellungen und gesellschaftlicher Maxime als Gebiete, deren Vergleich sich lohne.¹⁵

Andere Historiker machten sozial-, kultur- und alltagsgeschichtliche Phänomene als potenziell ebenso fruchtbare Themen aus, wie die Wahrnehmungen des jeweiligen Gegenübers. Verzichte die Forschung dabei auf eine Überbetonung systemvergleichender politischer Faktoren, so Andreas Wirsching, ließe sich ein prinzipieller historiografischer Grundkonsens zusammenfassen. Dann gelänge es, „den gemeinsamen Erfahrungsraum (zu) vermessen“¹⁶ und eine ausgewogene, west- wie ostdeutsche Erinnerungsformen gleichermaßen berücksichtigende deutschdeutsche Teilungsgeschichte zu erzählen. Als Ergebnis der intellektuellen Auseinandersetzung mit der doppelten Nachkriegsgeschichte sind bis heute eine Reihe von Sammelbänden erschienen, die sich dem deutsch-deutschen Verhältnis aus unterschiedlichen Blickwinkeln zuwenden, dabei jedoch weniger die Ereignisse und Alltagsphänomene innerhalb beider deutscher Staaten im Jahr vor 1989 fokussieren, als vielmehr die „klassischen“ Zäsuren und langen Linien.¹⁷

¹¹ Jürgen Kocka, Überraschung und Erklärung. Was die Umbrüche von 1989/90 für die Gesellschaftsgeschichte bedeuten könnten, in: Manfred Hettling (Hrsg.), Was ist Gesellschaftsgeschichte?, München 1991, S. 11–21, hier: S. 11.

¹² Vgl. Christoph Kleßmann, Verflechtung und Abgrenzung, in: APuZ, (1993) 29–30, S. 30–41; ders., Konturen einer integrierten Nachkriegsgeschichte, in: APuZ, (2005) 18–19, S. 3–11; ders., Spaltung und Verflechtung, in: ders./Peter Lautzas (Hrsg.), Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte als wissenschaftliches und didaktisches Problem, Bonn 2006, S. 20–37, hier: S. 34.

¹³ Konrad H. Jarausch, „Die Teile als Ganzes erkennen.“ Zur Integration der beiden deutschen Nachkriegsgeschichten, in: Zeithistorische Forschungen, 1 (2004) 1, S. 1–15, www.zeithistorische-forschungen.de/site/40208146/default.aspx (2.5.2014).

¹⁴ Hans Günter Hockerts (Hrsg.), Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts, München 2004, S. IX.

¹⁵ Horst Möller, Demokratie und Diktatur, in: APuZ, (2007) 3, S. 3–7; Wertvorstellungen betonend: Konrad H. Jarausch, Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945–1995, München 2004.

¹⁶ Andreas Wirsching, Für eine pragmatische Zeitgeschichtsforschung, in: APuZ, (2007) 3, S. 13–18, hier: S. 18; ähnlich Hermann Wentker, Zwischen Abgrenzung und Verflechtung, in: APuZ, (2005) 1–2, S. 10–17; Thomas Großbölting, Geteilter Himmel: Wahrnehmungsgeschichte der Zweistaatlichkeit, in: APuZ, (2012) 1–3, S. 15–21.

¹⁷ Vgl. U. Wengst/H. Wentker (Anm. 6); Tobias Hochscherf et al. (Hrsg.), Divided, But Not Disconnected, New York–Oxford 2010; Detlev Brunner et al., Asymmetrisch verflochten? Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte, Berlin 2013; Andreas H. Apelt et al. (Hrsg.), 2 × Deutschland, Halle 2013. Für 1988 vgl. Christoph Wunnicke, Wandel, Stagnation, Aufbruch. Ost-Berlin im Jahr 1988, Berlin 2008, S. 26–29.

Dass es so weit kommen kann, liegt auch an einem Richtungswechsel der Veranstaltungspolitik der DDR, die aus den Ereignissen aus dem Vorjahr die richtigen Lehren gezogen hat und nun versucht, sich die Rockbegeisterung zu Nutze zu machen. Die Rock-Musik vereint das geteilte Deutschland? Nicht nur diese, denn auch Bobby McFerrins Song „Don't Worry, Be Happy“ steht wochenlang an der Spitze der bundesdeutschen Hitparade und begeistert die Hörerinnen und Hörer östlich der Mauer gleichermaßen.

Auch andere mediale Phänomene vermögen die Massen hüben wie drüben mitzureißen. Der Film „Dirty Dancing“, der in beiden deutschen Staaten bereits im Oktober 1987 Premiere hatte, löst eine regelrechte Mambos-Epidemie aus und dominiert das Kinojahr 1988 hier wie dort. Überhaupt eröffnen gerade kulturelle Phänomene neue Gelegenheiten, sich einander anzunähern: Mit Lioris „Ödipussi“ kommt es am 10. März zum ersten Mal in der deutsch-deutschen Kinogeschichte zu einer doppelten Uraufführung. Diese gerät zu einem medialen Spektakel, entfacht doch die slapstickartig vorgeführte Absurdität kleinbürgerlicher Borniertheit in Bundesrepublik wie DDR Heiterkeit: Fünfzehn Fernsehsender aus beiden Teilen Deutschlands berichten über den Film. Die west- wie ostdeutsche Presse feiert Vicco von Bülow – auch im Osten Deutschlands bereits eine Kultfigur – einen Tag später unisono als „Satire-Gentleman“ („Bild“), „Grandseigneur des deutschen Humors“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“), Mann „mit einer ganz besonderen Art von Witz“ („Neue Zeit“) oder „Humor-Multitalent“ („Berliner Zeitung“), der, wie das „Neue Deutschland“ festhält, auch den Bürgerinnen und Bürgern der DDR „seit Jahren nahesteht“. Er selbst erzählt zwei Tage vor der Premiere in einem Interview mit dem „Spiegel“, dass er eine gute Beziehung zu den Menschen in Ostdeutschland habe – es sei ja auch seine „Heimat, und die Menschen sind dieselben wie früher. Daß sie in einem anderen politischen System leben, das ist eine andere Frage.“^{f2} 1988 erlebt übrigens auch „Alf“ seine deutsche Fernsehpremiere. Die im ZDF ausgestrahlte US-Serie über den skurrilen Außerirdischen interessiert auch

zahlreiche Zuschauer aus der DDR und wird somit zu einem weiteren Beleg für einen audiovisuell zumindest partiell gemeinsam genutzten Erfahrungsraum.

Während der extraterrestrische Bruchpilot in den Wohnzimmern etwas für die deutsch-deutsche Verständigung tut, kommt auch die Politik in Bewegung: So legt die CDU im Februar 1988 jegliche Pläne zur Wiedervereinigung vorerst ad acta und beschließt stattdessen, die bestehenden Kontakte zur DDR zu vertiefen.^{f3} Die SPD-Bundestagsfraktion fordert auf ihrer Frühjahrstagung im April, Berlin künftig zu einer Hauptstadt des Dialogs zwischen West und Ost zu machen; derweil bereist Bundeskanzler Helmut Kohl einen Monat später als Privatmann drei Tage lang Gotha, Erfurt, Weimar, Dresden und Saalfeld, um sich ein Bild der dortigen Verhältnisse zu machen.^{f4}

Unabhängig von diesen persönlichen Erfahrungen wird im Jahr 1988 aber auch die gemeinsame Vergangenheit als geteilte Herausforderung wieder akut. So stellt die Proklamation des Staates Palästina am 15. November beide Teile Deutschlands vor erinnerungspolitische wie tagesaktuelle Herausforderungen, die zudem noch in die ideologische Konfrontation des Kalten Krieges eingebettet werden müssen. Während die DDR am 13. Dezember bei der Sitzung der UN-Generalversammlung für die Anerkennung der Staatlichkeit Palästinas stimmt, enthält sich die Bundesrepublik. Einen derartigen Affront gegen Israel will sich die Bundesregierung nicht erlauben, erst recht nicht im 50. Jahr nach der „Reichspogromnacht“, an die in Ost und West mit Gedenkveranstaltungen, Buchvorstellungen, Lesungen und Ausstellungen erinnert wird. Hier wie dort geht es darum, der Weltgemeinschaft und dem Gegenüber einen verantwortungsvollen Umgang mit dem dunklen Erbe des Nationalsozialismus zu demonstrieren. Während also Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher bereits Ende Januar eine Reise zur israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem unternimmt, erklärt der DDR-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker am 29. Mai die grundsätzliche Bereitschaft

^{f2} Der Faun und sein Wunschtraum. Interview mit Lioris, in: Der Spiegel, Nr. 10 vom 7.3.1988, S. 216–222, hier: S. 222.

^{f3} Vgl. CDU: Abschied von alten Einheits-Träumen, in: Der Spiegel, Nr. 7 vom 15.2.1988, S. 18–21.

^{f4} Vgl. C. Wunnicke (Anm. 17), S. 26–29.

Call for Papers

CfP für die Deutschlandforschertagung:

Vom 30. Oktober bis 1. November 2014 veranstaltet die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb mit Kooperationspartnern in Weimar die Deutschlandforschertagung 2014 zum Thema

„Was bleibt von der Mauer? Deutsche und europäische Dimensionen“

Kernstück der Tagung ist der Austausch in drei thematischen Sektionen:

- I. Herrschaft und Widerstand gegen die Mauer
- II. Gesellschaft und Mauer, damals und heute
- III. Kultur und Sport im Schatten der Mauer

Für diese Sektionen sind insbesondere Nachwuchswissenschaftler(innen) und Doktorand(inn)en aufgefordert, ihre Forschungsergebnisse vorzustellen. Beitragsvorschläge sind bis zum 15. August 2014 möglich.

Den ausführlichen Call for Papers können Sie hier herunterladen:
www.bpb.de/185197

APuZ

Nächste Ausgabe

27/2014 · 30. Juni 2014

Widerstand

Christopher Daase

Was ist Widerstand?

Johannes Tuchel

Zeitgemäße Deutungen des 20. Juli 1944

Angelika Nußberger

Widerstand im NS – eine aktuelle Botschaft aus dem vergangenen Jahrhundert

Andrea Löw

Widerstand und Selbstbehauptung von Juden im NS

Jürgen Zimmerer

Widerstand gegen die deutsche Kolonialmacht: Aufstand der Herero

Christoph Marx

Von der Widerstandsbewegung zur Regierungspartei: Der ANC

Adam Krzemiński

Widerstand und Opposition gegen den Sowjetkommunismus



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-NichtKommerziell-Keine-Bearbeitung 3.0 Deutschland.

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn



Redaktion

Anne-Sophie Friedel (Volontärin)
Barbara Kamutzki
Johannes Piepenbrink
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Anne Seibring
Telefon: (02 28) 9 95 15-0
www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Redaktionsschluss dieses Heftes:
30. Mai 2014

Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Satz

le-tex publishing services GmbH
Weißensefelder Straße 84
04229 Leipzig

Abonnementservice

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung **Das Parlament** ausgeliefert.

Jahresabonnement 25,80 Euro; für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 Euro. Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 7501 4253
Telefax (069) 7501 4502
parlament@fs-medien.de

Nachbestellungen

Publikationsversand der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Postfach 501055
18155 Rostock
Fax.: (038204) 66273
bestellungen@shop.bpb.de
Nachbestellungen ab 1 kg (bis 20 kg) werden mit 4,60 Euro berechnet.

Die Veröffentlichungen in **Aus Politik und Zeitgeschichte** stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar; sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

